

— Migrationspolitik —

„EU braucht Kooperationen mit Drittstaaten“

Von ALMUT HÜLSMEYER

Duisburg (gl). Hohe Flüchtlingszahlen, verschärfte EU-Asylregeln und eine Debatte um Drittstaatenverfahren: Die Migrationspolitik bleibt ein zentrales Thema auf nationaler und europäischer Ebene. Auch beim Europawahlkampf spielt sie eine wichtige Rolle.

Angesichts der bevorstehenden Europawahl sei es gut, dass sich die EU auf eine Asylreform verständigt und diese vor Kurzem verabschiedet habe, ist der Politikwissenschaftler Privatdozent Dr. Conrad Ziller überzeugt, der an der Universität Duisburg-Essen lehrt und Mitglied des Interdisziplinären Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung ist. „Damit können die demokratischen Kräfte in Europa zeigen, dass sie handlungsfähig sind und den Rechtspopulisten ein Stück weit das Wasser abgraben“, betont der Politologe. Die Reform sei sowohl ein Signal nach innen als auch nach außen. Den Bürgern signalisiere die EU damit, dass sie die Lage unter Kontrolle habe, und den Migranten beziehungsweise Schleusern, dass es sich nicht lohne, sich auf den Weg nach Europa zu machen.



Dass die EU ein sehr komplexes System reformiere und die Asylverfahren effizienter und regelbarer gestalten wolle, bewertet Ziller als Fortschritt. So sollen künftig die Verfahren von Asylbewerbern aus Herkunftsstaaten mit einer niedrigen Anerkennungsquote innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Positiv sei auch der neue Solidaritätsmechanismus. Er sieht vor, dass Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, zur finanziellen Unterstützung verpflichtet werden und damit europäische Staaten, in denen viele Geflüchtete ankommen, entlastet werden. Doch wie gut die EU-Asylreform letztlich funktionieren werde, hänge maßgeblich auch von außereuropäischen Partnern ab, betont Ziller: „Das Problem ist, dass wir eigentlich Rückführungsabkommen mit den Herkunftsstaaten der Geflüchteten brauchen, und die stehen auf wackligen Füßen. Außer mit Marokko hat die EU mit solchen Abkommen bislang eher schlechte Erfahrungen gemacht.“ So sei zwar durch das Abkommen mit Libyen die Migration aus Afrika eingedämmt worden. Allerdings zu dem Preis, dass Geflüchtete in dem Land in Lagern interniert wurden, wo es Misshandlungen und Folter gegeben habe.



Mit der Asylreform will die EU die Verfahren beschleunigen. So soll künftig über den Asylantrag von Menschen aus Herkunftsstaaten mit einer niedrigen Anerkennungsquote innerhalb von drei Monaten entschieden werden. Foto: dpa

Abkommen als moralisches Dilemma

Duisburg (alh). Die EU befinde sich bei Abkommen mit Drittstaaten deshalb in einem moralischen Dilemma, sagt Conrad Ziller. Einerseits wolle man das Völkerrecht einhalten, andererseits untergrabe unkontrollierte Zuwanderung auch die Handlungs-

fähigkeit von Staaten und der EU. „Gegenwärtig ist die EU auf Kooperationen mit Drittstaaten angewiesen, weil es an Alternativen mangelt. Also hofft man, dass die Abkommen funktionieren und drückt auch ein Auge zu.“ Eine Möglichkeit, Menschenrechtsver-

letzungen in Drittstaaten vorzubeugen, wäre, die Umsetzung der Vereinbarungen durch EU-Institutionen vor Ort zu kontrollieren. Das würde aber zusätzlichen Verwaltungsaufwand bedeuten und die Bereitschaft der betreffenden Länder voraussetzen.

Deutschland ist auf Zuwanderung angewiesen

Duisburg (alh). Eine Alternative zur gegenwärtigen EU-Migrationspolitik sieht der Politologe Conrad Ziller (Foto: privat) in der Bekämpfung von Fluchtursachen. Denn diese seien die maßgeblichen Auslöser dafür, dass Menschen migrierten. In diesem Kontext spiele die Klimakrise eine immer wichtigere Rolle. Deshalb müsse die EU helfen, in afrikanischen Ländern Infrastrukturen aufzubauen, um mit den Folgen des Klimawandels

fertig zu werden. Neben ökonomischer Unterstützung müsse Europa auch Bildung und Demokratieentwicklung in Afrika betreiben. Denn von funktionierenden staatlichen Institutionen und der Eindämmung von Korruption profitierten die Menschen vor Ort. „Im



Moment geht der politische Wille der europäischen Staaten aber nicht weit genug, um wirklich proaktiv Fluchtursachen zu bekämpfen“, sagt Ziller. Im Europawahlkampf setzen neben den Rechtspopulisten auch Parteien der Mitte vielmehr auf eine Begrenzung der Zuwanderung. Die Strategie, mit einem härteren Kurs bei der Zuwanderung Wähler vom rechten Rand zurückholen, funktioniere aber

meist nicht, erklärt der Duisburger Politikwissenschaftler: „Die Bürgerinnen und Bürger wählen am Ende doch das Original.“ Angesichts von Diskussionen um eine Begrenzung von Zuwanderung weist Ziller auch darauf hin, dass Deutschland ökonomisch von Migranten profitiert hat. Illegale Migration müsse zwar gesteuert werden, auf Zuwanderung könne man aber nicht verzichten: „Eine starke Begren-

zung der Migration ist angesichts des demografischen Wandels nicht wirklich sinnvoll. In Zukunft brauchen wir jeden gut ausgebildeten Migranten, den wir bekommen können. Die Bereitschaft, Zugewanderte aufzunehmen, würde sicherlich auch steigen, wenn man in der Öffentlichkeit deutlicher macht, wie sehr Migranten zur wirtschaftlichen Entwicklung Deutschlands beitragen“, gibt Ziller zu bedenken.

— „Reichsbürger“ —

Polizei sucht nach Waffenlagern

Karlsruhe (dpa). Mit einer erneuten Razzia ist die Bundesanwaltschaft gegen mögliche Unterstützer der mutmaßlichen Terrorgruppe um den „Reichsbürger“-Ideologen Heinrich XIII. Prinz Reuß vorgegangen. Ein Großaufgebot der Polizei durchsuchte gestern seit dem frühen Morgen sieben Objekte und drei Grundstücke in Baden-Württemberg, Sachsen und Schleswig-Holstein, wie eine Sprecherin der Karlsruher Behörde mitteilte. In Althengstett (Kreis Calw) kamen Gabelstapler und kleine Bagger zum Einsatz. Wie es hieß, hätten einzelne Beschuldigte in abgehörten Telefonaten wiederholt von größeren Waffenlagern gesprochen. Diese wurden bislang nicht entdeckt.

— Startschuss —

Förderprogramm für 4000 Schulen

Berlin (dpa). Mit ihrer Unterschrift haben Bundesbildungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP) und die Präsidentin der Kultusministerkonferenz, Christine Streichert-Clivot (SPD), gestern in Berlin den offiziellen Startschuss für das wichtigste bildungspolitische Vorhaben der Ampel gegeben. Ab kommenden Schuljahr sollen mit dem sogenannten Startchancen-Programm bundesweit zunächst rund 2000 und später 4000 Schulen in sozial schwierigen Lagen eine spezielle Förderung bekommen. Über die kommenden zehn Jahre wollen Bund und Länder dafür 20 Milliarden Euro bereitstellen.

Pressestimme

□ „Indien als bevölkerungsreichstem Land der Welt ist es einmal mehr gelungen, demokratische Wahlen über die Bühne zu bringen. Das Ergebnis ist eine faustdicke Überraschung: Der erwartete Durchmarsch der Hindu-Partei hat nicht stattgefunden.“ „Volksstimme“ (Magdeburg) zu den Wahlen in Indien

— Amnesty —

Umweltaktivisten ausgezeichnet

Berlin (dpa). Umweltaktivisten des kolumbianischen Fischereiverbandes Fedepesca haben den Menschenrechtspreis von Amnesty International Deutschland erhalten. Die Fischerinnen und Fischer von Fedepesca erlebten Bedrohungen und Schikanen, kritisierte die Generalsekretärin der Organisation, Julia Duchrow, gestern bei der mit 20 000 Euro dotierten Verleihung des Preises in Berlin. „Mit unserem Preis zeigen wir ihnen: Ihr seid nicht allein. Wir sind da. Weil Euer Kampf auch der unsere ist.“ Die Präsidentin der Organisation, Yuly Velásquez, forderte die kolumbianische Regierung auf, den Schutz der Umwelt in einer der gefährlichsten Regionen der Welt zu gewährleisten.

— Klimaschutz —

Gemeinsam die Kräfte bündeln

Berlin (dpa). Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat zu einer gemeinsamen Kraftanstrengung für den Klimaschutz aufgerufen und vor dem Schüren einer Endzeitstimmung gewarnt. Viele junge Menschen seien verzweifelt und wütend darüber, dass die Gesellschaft nicht schneller handle, um die Erderwärmung zu stoppen, sagte Steinmeier in Berlin bei der Eröffnung der Woche der Umwelt. „Ich kann das verstehen.“ Er sei aber überzeugt: „Wer unablässig Endzeitstimmung verbreitet, täglich den Weltuntergang beschwört oder gar die politische Debatte mit Blick auf Fakten für überflüssig erklärt, der löst Abwehr aus, der verschärft gesellschaftliche Konflikte und der nützt der Sache des Klimaschutzes damit nicht.“

— Krieg in Nahost —



Volker Türk, UN-Hochkommissar für Menschenrechte, hat die deutlich gestiegene Gewalt im Westjordanland kritisiert. Foto: dpa

USA und G7 drängen auf Gaza-Abkommen

Gaza/Tel Aviv/Genf (dpa). Nach dem von US-Präsident Joe Biden bekannt gemachten Plan für ein Abkommen zur Beendigung des Gaza-Krieges will sich Israels wichtigster Verbündeter die Rückendeckung des Welt Sicherheitsrats sichern. Die USA brachten am Montag eigenen Angaben zufolge eine entsprechende Resolution ein. Der Rat müsse mit einer Annahme der Beschlussvorlage darauf bestehen, dass die islamistische Hamas das Abkommen inklusive der Freilassung der Geiseln akzeptiere. Die G7-Gruppe stellte sich demonstrativ hinter das von Biden

vorgestellte Angebot für ein Abkommen, dem Israel bereits zugestimmt haben soll. Man unterstütze den Plan „voll und ganz“, da er zu einem dauerhaften Ende der Krise führe, hieß es in einer am Abend veröffentlichten Mitteilung der italienischen G7-Präsidentenschaft. Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu weckte jedoch Zweifel, ob es zu einer Einigung mit der Hamas kommen wird. „Die Behauptung, dass wir einer Waffenruhe zugestimmt haben, ohne dass unsere Bedingungen erfüllt werden, ist nicht richtig“, sagte

Netanjahu. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hat derweil die deutlich gestiegene Gewalt in den von Israel besetzten Gebieten im Westjordanland angeprangert. Er verlangte Rechenschaft von Israel wegen der mehr als 500 Palästinenser, die seit Oktober 2023 dort von israelischen Sicherheitskräften und Siedlern getötet worden seien. Zu oft würden rechtswidrige Tötungen nicht untersucht und Straftäter kämen strafflos davon. Türk nannte einen 16-jährigen Palästinenser, der am Samstag bei

einem Flüchtlingslager erschossen worden sei und einen 17-Jährigen, der so schwer verletzt worden sei, dass er im Krankenhaus gestorben sei. Vier weitere Palästinenser seien am Montag getötet worden. Damit seien seit den verheerenden Terroranschlägen auf Israel am 7. Oktober 2023 mindestens 505 Palästinenser im Westjordanland getötet worden. Im gleichen Zeitraum seien bei Zusammenstößen mit Palästinensern oder bei Anschlägen im Westjordanland und Israel 24 Israelis getötet worden, darunter acht Angehörige der Streitkräfte.

— Italien —

Deutscher Eike Schmidt will in Florenz Bürgermeister werden

Florenz (dpa). Das ist natürlich der Traum eines jeden Wahlkämpfers. Kaum dass Eike Schmidt auf der Piazzale Michelangelo angekommen ist, dem Aussichtspunkt hoch über Florenz, brandet Applaus auf. Ein freudiger Blick zu den Leuten oben auf der Mauer. Bis der Kandidat fürs Bürgermeisteramt feststellen muss, dass der spontane Beifall jemand anderem gilt: der Sonne, die heute wieder einmal besonders spektakulär hinter den Dächern der toskanischen Hauptstadt versinkt. Bei solch außerirdischer Konkurrenz nimmt von ihm niemand Notiz. Dabei kann sich Schmidt keineswegs über zu wenig Aufmerksamkeit beklagen. In Florenz kennt ihn praktisch jeder. Für seine acht Jahre als Direktor der Uffizien – mit jährlich fünf Millionen Besuchern eines der wichtigsten Museen der Welt – bekam er viel Lob. Die Bewerbung fürs Rathaus hat ihn nun auch international prominent ge-

macht. Ein Deutscher als Bürgermeister von Italiens vielleicht schönster Stadt, gewiss einer der meistbesuchten? Selbst die „New York Times“ berichtete groß. Dass der Kunsthistoriker – geboren in Freiburg, Studium in Heidelberg, Promotion über die Elfenbein-Skulpturen der Medici, einer der großen Herrscherfamilien von Florenz, dann ein paar Jahre in den USA – überhaupt kandidieren darf, verdankt er seiner Frau. Schmidt ist mit der Kunsthistorikerin Roberta Bartoli verheiratet. Seit November besitzt er auch einen italienischen Pass. Ein Parteibuch hat der 56-Jährige in keinem seiner beiden Länder. Bei der Kommunalwahl in der 362 000-Einwohner-Stadt am Wochenende – parallel zur Europawahl – tritt er als „Mann der Mitte“ an, mit einer Bürgerliste. Getragen wird seine Bewerbung jedoch von der rechten Dreier-Koalition, die in Rom seit anderthalb

Jahren an der Regierung ist – für einen Mann aus der Kulturszene alles andere als selbstverständlich. Die Leute, mit denen Schmidt in den vergangenen Jahren viel zu tun hatte, kritisieren Ministerpräsidentin Giorgia Meloni besonders hart. Deren Partei Fratelli d'Italia (Brüder Italiens) hat ihre Ursprünge in der postfaschistischen Bewegung. Auch heute noch machen hochrangige Meloni-Freunde aus ihrer Verehrung für Diktator Benito Mussolini (1883-1945) keinen Hehl. Sie selbst vermeidet es, sich als „Antifaschistin“ zu bezeichnen. Schmidt tut das nicht. „Als Deutscher schäme ich mich für die Dinge, die die Deutschen in Italien und in ganz Europa getan haben. Deshalb bin ich Antifaschist.“ Dann fügt er hinzu, dass auch die Fratelli dem Faschismus „schon lange ganz klar abgeschworen“ hätten. Heute seien sie allenfalls eine „postpostfaschistische Partei“. **Christoph Sator**



Als ehemaliger Museumsdirektor der Uffizien (2015-2023) hat sich der deutsche Kunsthistoriker Eike Schmidt in Florenz bereits einen Namen gemacht. Nun bewirbt er sich als Kandidat der Mitte-Rechts-Koalition um das Amt des Bürgermeisters der toskanischen Hauptstadt. Foto: dpa